Fragenkatalog Teilnahmewettbewerb

Eigenerklärung zur wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen   
Leistungsfähigkeit sowie der Eignung zur Berufsausübung

**Bereitstellung von Arbeitsplatzlösungen**

der

**BARMER**

**Hinweise zu diesem Fragenkatalog:**

Dieser Fragenkatalog ist von jedem Bewerber (bzw. jeder Bewerbergemeinschaft) auszufüllen. Er dient zur Prüfung der Eignung der Bewerber (wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, technische und berufliche Leistungsfähigkeit sowie Eignung zur Berufsausübung) und der Prüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen.

Alle Vorgaben in dieser Unterlage, die sich auf Bewerber beziehen, gelten gleichermaßen für Bewerbergemeinschaften, soweit nicht für Bewerbergemeinschaften ausdrücklich gesonderte Regelungen getroffen sind.

Es sind alle Fragen zu beantworten. Dem Teilnahmeantrag ist ferner die jeweils geforderte Unterlage „Nachweis Unternehmensreferenzen“ sowie bei Eignungsleihe gemäß § 47 VgV / § 34 UVgO die entsprechende „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ vollständig ausgefüllt beizufügen.

Werden die Fragen, die als „A-Kriterium“ (Mindestanforderung/Ausschlusskriterium) gekennzeichnet sind, mit „Nein“ beantwortet führt dies zum Ausschluss aus dem Teilnehmerkreis des Verhandlungsverfahrens. Wird im Dokument „Nachweis Unternehmensreferenzen“ nicht die geforderte Mindestanzahl an Referenzen benannt, kann der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob eine Nachforderung erfolgt. Entscheidet er sich gegen eine Nachforderung oder werden die fehlenden Referenzen nicht innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist nachgereicht, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Referenzen sind nur dann gültig, wenn sie die jeweiligen Mindestanforderungen erfüllen.

Bei nicht beantworteten Fragen oder sonstigen fehlenden, unvollständigen oder fehlerhaften Unterlagen oder Angaben wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen gemäß § 56 Abs. 2 VgV / § 41 Abs. 2 UVgO über eine Nachforderung entscheiden. Entscheidet sich der Auftraggeber gegen eine Nachforderung oder reicht der Bewerber die Antworten bzw. Unterlagen oder Angaben innerhalb der vom Aufraggeber gesetzten Frist nicht nach, wird der Teilnahmeantrag ebenfalls ausgeschlossen.

Die Angaben der Bewerber zur Erfüllung der Eignungskriterien, einschließlich der Angaben in vorgelegten Erklärungen und Nachweisen, insbesondere die Angaben zur Qualifikation und Erfahrung der zum Einsatz kommenden Mitarbeiter gelten im Auftragsfall als vertraglich zugesichert. Sofern der Bewerber beabsichtigt, für seine Eignung (wirtschaftlich und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) gemäß § 47 VgV / § 34 UVgO die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so hat er dies ebenfalls im Fragenkatalog unter Ziff. 1.4 darzustellen.

Die Wertung der Teilnahmeanträge und die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, erfolgt auf Grundlage der Gesamtpunktzahl, die sich aus den in Ziff. 5.2 festgelegten Auswahlkriterien ergibt.

Genaue Bezeichnung des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft (bei Bewerbergemeinschaften bestätigt das führende Mitglied die Richtigkeit der Angaben in Anhang 1):

| **Nr.** | **Fragetitel** | **Fragetext** | **Antwort** | **Kriterium / Hinweis** |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **1** | **Allgemeine Angaben zum Unternehmen** | | | |
| **1.1** | **Erklärende und vertretungsberechtigte Person** | Name, Vorname  Position  Telefonnummer  E-Mail-Adresse |  | **Zur Information** |
| **1.2** | **Handelsregisternummer** | Zuständiges Amtsgericht und Handelsregisternummer / Vereinsregisternummer |  | **Zur Information** |
| **1.3** | **Eigenerklärung zur Bewerbergemeinschaft** | Der Bewerber erklärt, dass die Lieferung / Leistung in Form einer Bewerbergemeinschaft erbracht wird.  Das geschäftsführende Mitglied der Bewerbergemeinschaft (bitte das entsprechende Mitglied benennen) erklärt hiermit weiterhin, dass   1. dieses von der Bewerbergemeinschaft berechtigt ist, diese gegenüber dem Auftraggeber während des Vergabeverfahrens und während der Vertragserfüllung rechtsverbindlich zu vertreten. 2. dieses berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen. 3. alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften. 4. diesem bekannt ist, dass die Vergabestelle sich vorbehält nachzuprüfen, ob durch die Bildung dieser Bewerbergemeinschaft eine spürbare Wettbewerbsbeschränkung vorliegt und uns unter Fristsetzung auffordern kann, hierzu Stellung zu nehmen. Das Vorliegen einer wettbewerbswidrigen Abrede stellt einen Ausschlussgrund dar.   Das geschäftsführende Mitglied der Bewerbergemeinschaft sichert zu, dass die in *Anhang 1* am Ende dieses Dokuments gemachten Angaben zu der Bewerbergemeinschaft zutreffend sind. Sie gewährleisten, dass die Bewerbergemeinschaft gemeinschaftlich sämtliche geforderten Eignungsanforderungen erfüllt. Ihnen ist bewusst, dass der Auftraggeber sich vorbehält, im Rahmen der Teilnahmeantragswertung den Inhalt dieser Eigenerklärung bei den einzelnen Mitgliedern verifizieren zu lassen. | JA  NEIN  (Name des geschäftsführenden Mitglieds der Bewerbergemeinschaft) | **Pflichtangabe**  Falls die Frage mit „Ja“ beantwortet wird, ist der ***Anhang 1: „Mitglieder der Bewerbergemeinschaft“*** auszufüllen. Fehlen die Angaben in Anhang 1, führt dies zum Ausschluss. |
| **1.4** | **Eigenerklärung zur Eignungsleihe** | Ist beabsichtigt, gemäß § 47 VgV / § 34 UVgO die Kapazitäten für die Eignung (wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit) in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe)?  Soweit der Bewerber sich für seine Eignung (wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit) gemäß § 47 VgV / § 34 UVgO im Wege der Eignungsleihe die Kapazitäten der betreffenden Unterauftragnehmer in Anspruch nimmt, erklärt dieser, dass ihm die für die Auftragsdurchführung erforderlichen Kapazitäten der oben benannten Unterauftragnehmer zum Zeitpunkt der Auftragsdurchführung zur Verfügung stehen werden.  Zum Nachweis der Verfügbarkeit der erforderlichen Mittel der Unterauftragnehmer legt der Bewerber entsprechende Verpflichtungserklärungen der jeweiligen Unterauftragnehmer („Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“) vor. Die Verpflichtungserklärung dient als Verfügbarkeitsnachweis für die jeweiligen Kapazitäten des Unterauftragnehmers (Eignungsverleiher). Bei mehreren Unterauftragnehmern ist die Verpflichtungserklärung je Unterauftragnehmer (Eignungsverleiher) mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. | JA  NEIN | **Pflichtangabe**  Falls die Frage mit „Ja“ beantwortet wird, ist das Dokument ***„Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“***von dem Unternehmen auszufüllen, dessen Kapazitäten im Wege der Eignungsleihe in Anspruch genommen werden. |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **2** | **Eignung zur Berufsausübung** | | | |
| **2.1** | **Eigenerklärung Zuverlässigkeit** | Der Bewerber / jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft erklärt insgesamt, dass er den Anforderungen gemäß §§ 123, 124 GWB genügt und keine Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG und § 21 SchwarzArbG vorliegen (siehe *Anhang 3: „Ausschlussgründe gem. §§ 123 und 124 GWB“*). Er ist sich bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge hat.  Falls Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen, hat der Bewerber in einem separaten Dokument zu erläutern, welche Maßnahmen der Selbstreinigung er gemäß § 125 GWB getroffen hat. | JA  NEIN | **A-Kriterium**  Die Anforderungen, die der Bewerber mit dieser Eigenerklärung bestätigt, sind im Detail dem ***Anhang 2: „Ausschlussgründe gem. §§ 123 und 124 GWB“*** zu entnehmen.  Zusätzlich ist der ***Anhang 3: „Erklärende Unternehmen - Zuverlässigkeit“***im Falle einer Bewerbergemeinschaft von jedem erklärenden Unternehmen (jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft) auszufüllen. |
| **2.2** | **Nichtvorliegen eines Russlandbezuges** | Der Bewerber / jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft erklärt,  1. dass dieser nicht zu den  in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 2023/2878, **genannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehört, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. d. h.,**  a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,  b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50% unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder  c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.  2. in seinem Teilnahmeantrag keine der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen mit Russland-Bezug als Nachunternehmen, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe (siehe Art. 63 der Richtlinie 2014/24/EU und § 47 Vergabeverordnung) in Anspruch genommen werden, vorgesehen sind, auf die jeweils mehr als 10% des Auftragswertes entfallen.  3. dass sichergestellt wird, dass auch während der Vertragslaufzeit keineals Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe (siehe Art. 63 der Richtlinie 2014/24/EU und § 47 Vergabeverordnung) **i**n Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10% des Auftragswerts entfällt.  Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Nr. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 vom 21. Juli 2022 lautet wie folgt:  *(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*  *a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*  *b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50% unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*  *c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*  *einschließlich — wenn auf sie mehr als 10% des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.* | JA  NEIN | **A-Kriterium**  Zusätzlich ist der ***Anhang 4: „Erklärende Unternehmen - Nichtvorliegen eines Russlandbezuges“***im Falle einer Bewerbergemeinschaft von jedem erklärenden Unternehmen (jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft) auszufüllen. |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **3** | **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit** | | | |
| **3.1** | **Eigenerklärung Haftpflichtversicherung** | Verfügt der Bewerber über eine Haftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 10.000.000,00 € für Personen-, Sach- und sämtliche Vermögensschäden pro Vertragsjahr?  **Bei „Nein“:**  Der Bewerber erklärt, dass er im Fall der Auftragserteilung unmittelbar eine Haftpflichtversicherung mit der vorgenannten Deckungssumme abschließt? | JA  NEIN  JA  NEIN | **A-Kriterium** |
| **3.2** | **Umsatz** | Wieviel betrug der Gesamtumsatz des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre in EUR netto?  Bei Bewerbergemeinschaften ist der Gesamtumsatz aller Mitglieder anzugeben. |  | **Zur Information** |
| **3.3** | **Eigenerklärung Mindestanforderung auftragsbezogener Umsatz** | Der Bewerber erklärt, dass der jährliche Umsatz des Unternehmens im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jeweils über 50 Millionen EUR netto lag. | JA  NEIN  Nur bei Bewerbergemeinschaft:  **Name des Mitglieds, das den Mindestumsatz erbracht hat:**  Nur bei Eignungsleihe:  **Name des Unterauftragnehmers, der den Mindestumsatz erbracht hat:** | **A-Kriterium** |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **4** | **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit** | | | |
| **4.1** | **Eigenerklärung zur Qualifikation und Erfahrung der für das Projekt vorgesehenen Mitarbeiter** | | | |
| **4.1.1** | **Skillprofil**  **Transition Manager** | Verfügt der Bieter im Auftragsfall über **zwei** für das Projekt vorgesehene Mitarbeiter mit den folgenden Erfahrungen und Kompetenzen?   * Das Profil verfügt über die geforderten Kompetenzen gem. **02-03 Governancemodell**, dort Ziffer 3.2.11. * Das Profil verfügt über mindestens 5 Jahre praktische Berufserfahrung in der Rolle als Transition Manager mit der Fähigkeit, komplexe Aufgabenstellungen zu lösen, die über das Maß des Fachwissens hinausgehen. * Das Profil verfügt über eine Projektmanagement-Zertifizierung (z.B. PMI, PRINCE2 Practitioner, PRINCE2 Agile Practitioner, Scrum) oder vergleichbar nach anerkannten Standards. * Das Profil verfügt über die folgenden Sprachkompetenzen: * Deutsch als Muttersprache oder * Deutsch Niveaustufe C2 gemäß dem „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen“   Wenn die Leistungen durch Unterauftragnehmer oder im Rahmen einer Bewerbergemeinschaft erbracht werden, sind der Name des Unterauftragnehmers oder des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft anzugeben, der das erforderliche Personal bereitstellt. | JA  NEIN  Unterauftragnehmer / Mitglied der Bewerbergemeinschaft: | **A-Kriterium**  Die Darlegung von Mitarbeiterprofilen zu den  Skillprofilen ist detailliert und vollständig in **00-04-02 Nachweis Skillprofile** vorzunehmen. |
| **4.1.2** | **Skillprofil**  **Solution Architect** | Verfügt der Bieter im Auftragsfall über **zwei** für das Projekt vorgesehene Mitarbeiter mit den folgenden Erfahrungen und Kompetenzen?   * Das Profil verfügt über die geforderten Kompetenzen gem. **02-03 Governancemodell**, dort Ziffer 3.2.12. * Das Profil verfügt über mindestens 5 Jahre praktische Berufserfahrung in der Rolle als Solution Architect mit fachlichem Schwerpunkt auf die Services und Systeme, die Leistungsgegenstand dieser Ausschreibung sind. * Das Profil verfügt über die folgenden Sprachkompetenzen: * Deutsch als Muttersprache oder * Deutsch Niveaustufe C2 gemäß dem „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen“   Wenn die Leistungen durch Unterauftragnehmer oder im Rahmen einer Bewerbergemeinschaft erbracht werden, sind der Name des Unterauftragnehmers oder des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft anzugeben, der das erforderliche Personal bereitstellt. | JA  NEIN  Unterauftragnehmer / Mitglied der Bewerbergemeinschaft: | **A-Kriterium**  Die Darlegung von Mitarbeiterprofilen zu den  Skillprofilen ist detailliert und vollständig in **00-04-02 Nachweis Skillprofile** vorzunehmen. |
| **4.1.3** | **Servicemanager Arbeitsplatz** | Verfügt der Bieter im Auftragsfall über **zwei** für das Projekt vorgesehene Mitarbeiter mit den folgenden Erfahrungen und Kompetenzen?   * Das Profil verfügt über die geforderten Kompetenzen gem. **02-03 Governancemodell**, dort Ziffer 3.2.6. * Das Profil verfügt über mindestens 5 Jahre praktische Berufserfahrung in der Rolle als Service Manager im Bereich Arbeitsplatz Services, in der Betreuung von Kunden mit vergleichbarer Größe. * Das Profil verfügt über die folgenden Sprachkompetenzen: * Deutsch als Muttersprache oder * Deutsch Niveaustufe C2 gemäß dem „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen“   Wenn die Leistungen durch Unterauftragnehmer oder im Rahmen einer Bewerbergemeinschaft erbracht werden, sind der Name des Unterauftragnehmers oder des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft anzugeben, der das erforderliche Personal bereitstellt. | JA  NEIN  Unterauftragnehmer / Mitglied der Bewerbergemeinschaft: | **A-Kriterium**  Die Darlegung von Mitarbeiterprofilen zu den  Skillprofilen ist detailliert und vollständig in **00-04-02 Nachweis Skillprofile** vorzunehmen. |
| **4.2** | **Eigenerklärung Sicherheitszertifizierung** | Der Bewerber erklärt, dass dieser über eine Zertifizierung nach ISO/IEC 27001 verfügt, deren Anwendungsbereich die gesamte Dienstleistung der hier ausgeschriebenen Leistung umfasst. Falls die eigene Zertifizierung des Bewerbers nicht die gesamte Dienstleistung abdeckt, muss bei Eignungsleihe und Unterauftragsvergabe mindestens die Steuerung der Unterauftragnehmer durch die eigene Zertifizierung des Bewerbers nach ISO/IEC 27001 abgedeckt sein (siehe auch Ziff. 4.1 der **02-09-03 AVV TOMs Informationssicherheit**).  **Bei „NEIN“:**  Verfügt der Bewerber über einen (von externer Stelle bescheinigten und zum Zeitpunkt des Ausschreibungsverfahrens gültigen) vergleichbaren Nachweis i. S. v. § 49 Abs. 1 VgV (bitte den entsprechenden Nachweis benennen) für ein eingeführtes und angewandtes Informationssicherheitsmanagementsystem?  Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, sich die vom Bewerber benannten Zertifizierungen und sonstigen Nachweise vorlegen und deren Inhalte erläutern zu lassen.  Bei Bewerbergemeinschaften gilt die Frage für sämtliche Mitglieder. Bei Bewerbergemeinschaften muss die vorgenannte Sicherheitszertifizierung des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft dabei in Bezug auf diejenigen Leistungen vorliegen, die das Mitglied im Rahmen seines Leistungsanteils bei der Ausführung des Auftrags erbringen soll. | JA  NEIN  JA  NEIN  Vergleichbarer Nachweis: | **A-Kriterium** |
| **4.3** | **Eigenerklärung C5-Testat** | Der Bewerber erklärt, dass bei einem Einsatz von Cloud-Computing-Diensten zur Verarbeitung von Sozial- und/oder Gesundheitsdaten ein aktuelles C5-Testat gem. § 393 SGB V oder ein gleichwertiger Sicherheitsnachweis (Testat oder Zertifikat) nebst Maßnahmenplan gemäß § 1 C5-Gleichwertigkeitsverordnung im Hinblick auf die C5-Basiskriterien für den jeweiligen Cloud-Computing-Dienst spätestens bei Beginn der Datenverarbeitung vorliegen wird.  Soweit der Bewerber den Cloud-Dienst als Kunde bezieht, erklärt er, dass spätestens bei Beginn der Datenverarbeitung die korrespondierenden Kriterien für Cloud-Kunden des dann vorliegenden C5-Testats umgesetzt sind.  Ist der Bewerber selbst Cloud-Computing Dienst-Anbieter, sind zusätzlich die korrespondierenden Kriterien für Cloud-Kunden bei Angebotsabgabe ggü. dem Auftraggeber darzustellen.  Diese Anforderungen gelten auch beim Einsatz von Unterauftragnehmern oder anderen Drittunternehmen, die ihre Leistungen unter Einsatz von Cloud-Computing-Diensten erbringen. | JA  NEIN | **A-Kriterium** |
| **4.4** | **Eigenerklärung Schutz von Sozialdaten und Sozialgeheimnis** | Die „Auftragsverarbeitungsregelung“ regelt die Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten bei der Verarbeitung im Auftrag unter Berücksichtigung des Art. 28 DS-GVO und, soweit Sozialdaten verarbeitet werden, unter Berücksichtigung des Art. 28 DS-GVO i.V.m. § 80 SGB X. Sie ergänzt insoweit den Vertrag, die Leistungsbeschreibung und alle Anlagen.  Werden die Maßnahmen der „Auftragsverarbeitungsregelung" zum Schutz der personenbezogenen Daten bzw. Sozialdaten bei der Verarbeitung im Auftrag unter Berücksichtigung des Art. 28 DS-GVO in Verbindung mit § 80 SGB X (bei Sozialdaten) eingehalten?  Die Erbringung der vertraglich vereinbarten Datenverarbeitung darf ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der EU oder in einem Mitgliedsstaat des EWR oder der Schweiz stattfinden. Mit Zustimmung des Auftraggebers darf die Verlagerung in ein Drittland ausnahmsweise erfolgen, wenn  a) ein Angemessenheitsbeschluss nach Art. 45 DS-GVO vorliegt (dies gilt dann, wenn Art. 28 DS-GVO i.V.m. § 80 SGB X einschlägig ist) oder  b) die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DS-GVO erfüllt sind (dies gilt dann, sofern ausschließlich Art. 28 DS-GVO einschlägig ist).  Werden die Anforderungen der Datenübermittlung bei der Auftragsverarbeitung eingehalten?  In welchem Staat erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Art. 28 DS-GVO sowie von Sozialdaten nach Art. 28 DS-GVO i.V.m. § 80 SGB X?  Bei Bewerbergemeinschaften gelten die Fragen für sämtliche Mitglieder. | JA  NEIN  JA  NEIN | **A-Kriterium** |
| **4.5** | **Eigenerklärung Sprachniveau** | Der Bewerber erklärt, dass dieser im Auftragsfall für alle Positionen im Projekt, welche in direktem Kontakt mit dem Auftraggeber stehen, Mitarbeiter mit folgendem Sprachniveau einsetzen kann:   * Deutsch als Muttersprache oder * Deutsch Niveaustufe C2 gemäß dem „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen“ | JA  NEIN | **A-Kriterium**  C2: kompetente Sprachverwendung – nahezu muttersprachliche Sprachbeherrschung |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **5** | **Unternehmensreferenzen**  . | | | |
| **5.1** | **Mindestanforderung Unternehmensreferenzen** | Kann der Bewerber mindestens drei (maximal fünf) Referenzprojekte nachweisen, die nach Art und Umfang mit dem zu vergebenden Auftrag zur Bereitstellung der Arbeitsplatzservices vergleichbar sind und deren Beginn nicht länger als fünf Jahre in der Vergangenheit liegt (Stichtag: Ablauf der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags). Hierbei ist mindestens eine Referenz bei einem Kritis-relevanten Unternehmen nachzuweisen, dass zudem aus dem Versicherungs- oder Bankensektor, vorzugsweise mit Bezug zu Sozialdaten, oder aus dem öffentlichen Dienst, kommt.  Die Mindestanforderungen, die je Referenz erfüllt sein müssen, damit ein Projekt als vergleichbar erachtet wird, sind:     * Mindestens 10.000 Nutzer/Arbeitsplätze, für die die Arbeitsplatzservices zur Verfügung gestellt wurden. * Laufzeit des Betriebs der Arbeitsplatzservices von 1,5 Jahr (abgeschlossene Referenzprojekte) oder bisher 0,5 Jahren (laufende Referenzprojekte) * Mindestens die folgenden Services (siehe **01-02 Leistungsbeschreibung**) waren Bestandteil der Leistungserbringung:   + Virtueller Arbeitsplatz     - Bereitstellung und Betrieb einer Virtual-Desktop Infrastruktur.     - Es nutzen arbeitstäglich mindestens 7.000 Nutzer gleichzeitig den Service „Virtueller Arbeitsplatz“.   + Office Arbeitsplatz     - Bereitstellung und Betrieb einer Arbeitsplatzumgebung für physische Endgeräte, inkl. Betriebssysteme und Anwendungen. Die Bereitstellung von Arbeitsplatz Hardware ist nicht Bestandteil der Ausschreibung und wird in der Referenz nicht gewertet.   + Software-Management     - Funktionen zur Paketierung, automatisierten Verteilung, Verwaltung und Wartung von Betriebssystemen und Software auf den Endgeräten. | JA  NEIN  Die Darlegung zu den Referenzprojekten ist detailliert und vollständig in ***00-04-02 Nachweis Unternehmensreferenzen*** vorzunehmen. | **A-Kriterium** |
|  |  | Darüber hinaus sind folgende Services (siehe Leistungsbeschreibung) nicht verpflichtend, aber gewünschter Bestandteil der Leistungserbringung in den vorgelegten Referenzen und für eine etwaige Auswahl hinsichtlich der Verfahrensteilnehmer aus dem Kreis der Bewerber relevant (s.u.):   * E-Mail-Service   + Betrieb, Wartung und Pflege einer On-Premises Infrastruktur, der Exchange Online-Instanz sowie der Postfächer und der Hybridkonfiguration. * File-Service   + Bereitstellung und Betrieb von Fileshares für Home- und Gruppenlaufwerke für virtuelle Arbeitsplätze und Fat-Clients sowie die Verwaltung von Berechtigungen. * Arbeitsplatz Druck   + Bereitstellung, Implementierung, Betrieb und die Administration von Multifunktionsprinter (MFPs) und Druckservern und dafür erforderliche IT-Komponenten. |  |  |
| **5.2** | **Auswahl der Verfahrensteilnehmer aus dem Kreis der Bewerber** | Aus dem Kreis der Bewerber, die nicht nach §§ 123 Abs. 1 und 4, 124 GWB oder wegen des Nichterfüllens von A-Kriterien ausgeschlossen werden, wählt der Auftraggeber mindestens drei bis maximal fünf Bewerber aus, die für den ausgeschriebenen Auftrag am besten geeignet sind (siehe Ziffer 6 der Aufforderung zur Einreichung eines Teilnahmeantrags).  **Die Referenzen werden anhand folgender Kriterien bewertet:**     1. Zahl der Nutzer/Arbeitsplätze, für die die Arbeitsplatzservices zur Verfügung gestellt wurden (max. 25 Punkte) Die Referenz erhält die volle Punktzahl ab 15.000 Nutzern.      1. Anzahl gleichzeitiger Nutzer des Service „virtueller Arbeitsplatz“ (max. 25 Punkte)   Die Referenz erhält die volle Punktzahl ab arbeitstäglich 11.000 gleichzeitigen Nutzern.   1. Anzahl der Services im Referenzprojekt (max. 25 Punkte)   Die Referenz erhält die volle Punktzahl beim gleichzeitigen Einsatz von allen sechs genannten Services.   1. Wie viele Jahre wurden die Services im Referenzprojekt betrieben?  (max. 25 Punkte) Die Referenz erhält die volle Punktzahl bei einer Laufzeit von 5 Jahren oder mehr (abgeschlossene Referenzprojekte) bzw. bisher 2 Jahren oder mehr für laufende Referenzprojekte, ab dem Start des Go-Live. |  | **Auswahlkriterien für die Auswahl der Verfahrensteilnehmer**  Für jedes Kriterium gilt:  Für das Erreichen der Mindestanforderung (A-Kriterium, s.o.) erhält der Bewerber 0 Punkte, die volle Punktzahl von 25 Punkten erhält er für die Erfüllung der Anforderung an die maximale Punktzahl. Ausprägungen dazwischen werden linear mit Punkten zwischen 0 und 25 (gerundet mit zwei Nachkommastellen) bewertet.  Beispiel für 12.000 Nutzer der Arbeitsplatzservices:  Punkte für 12.000 Nutzer = (12.000 – 10.000) / (15.000 – 10.000) x 25 Punkte = 10 Punkte  Zur Wertung herangezogen wird jeweils die beste Ausprägung aus den eingereichten Referenzprojekten, welche die Mindestanforderungen erfüllen. |

Dieser Fragenkatalog ist durch die verschlüsselte elektronische Übermittlung an den Auftraggeber ohne Unterschrift gültig. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, im Rahmen der Auswertung den Inhalt bei dem jeweiligen Bewerber verifizieren zu lassen. Das Nachfordern weiterer Nachweise bleibt ausdrücklich vorbehalten. Inhaltliche Änderungen des vorgegebenen Formulartextes sind unzulässig; räumliche Erweiterungen, soweit erforderlich, zulässig.

# Anhang 1: „Mitglieder der Bewerbergemeinschaft“

Unsere Bewerbergemeinschaft hat folgende Mitglieder:

      (Name des geschäftsführenden Mitgliedes)

      (Anschrift)

      (Gesetzlicher Vertreter)

      (Ansprechpartner)

      (E-Mail-Adresse)

      (Leistungsanteil)

      (Name des Mitglieds)

      (Anschrift)

      (Gesetzlicher Vertreter)

      (Ansprechpartner)

      (E-Mail-Adresse)

      (Leistungsanteil)

      (Name des Mitglieds)

      (Anschrift)

      (Gesetzlicher Vertreter)

      (Ansprechpartner)

      (E-Mail-Adresse)

      (Leistungsanteil)

      (Name des Mitglieds)

      (Anschrift)

      (Gesetzlicher Vertreter)

      (Ansprechpartner)

      (E-Mail-Adresse)

      (Leistungsanteil)

      (Name des Mitglieds)

      (Anschrift)

      (Gesetzlicher Vertreter)

      (Ansprechpartner)

      (E-Mail-Adresse)

      (Leistungsanteil)

# Anhang 2: „Ausschlussgründe gem. §§ 123 und 124 GWB“

Der Bewerber erklärt mit der Einreichung seines Teilnahmeantrags, dass

**I.**

keine Person, die als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist (dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung), rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

* § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
* § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
* § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
* § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
* § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
* § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
* § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuches (unzulässige Interessenwahrnehmung),
* den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
* Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
* den §§ 232, 232a Abs. 1 bis 5, den 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)

(Hinweis für den Bewerber: Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.)

**II.**

Ferner erklärt der Bewerber mit der Einreichung seines Teilnahmeantrags, dass sein Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung stets nachgekommen ist und keine entsprechende rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung ergangen ist.

**III.**

Weiterhin erklärt der Bewerber mit der Einreichung seines Teilnahmeantrags, dass

* sein Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
* sein Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen seines Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sein Unternehmen sich nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
* sein Unternehmen im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
* sein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
* kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für die BARMER tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
* keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass sein Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
* sein Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
* sein Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat und wir auch in der Lage sind, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
* sein Unternehmen
* nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung der BARMER in unzulässiger Weise zu beeinflussen
* nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die wir unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnten, oder
* nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung der BARMER erheblich beeinflussen könnten, oder versucht haben, solche Informationen zu übermitteln.

# Anhang 3: „Erklärende Unternehmen - Zuverlässigkeit“

      Name des geschäftsführenden Mitgliedes

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)

      Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)

      Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)

      Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)

      Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)

# Anhang 4: „Erklärende Unternehmen - Nichtvorliegen eines Russlandbezuges“

      Name des geschäftsführenden Mitgliedes

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)

      Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)

      Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)

      Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)

      Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft

      (Ort, Datum)

      (Vor- und Zuname der erklärenden Person in Textform)